

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede Stefan Körzell
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kundgebung zum 1. Mai 2017
Bremerhaven

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich heute bei Euch in Bremerhaven zu sein und mit Euch gemeinsam den 1. Mai, den Tag der Arbeit, zu feiern.

Heute feiern wir den 1. Mai. Das ist unser Tag. Der Tag der internationalen Arbeiterbewegung. Der Tag, an dem wir weltweit für unsere sozialen und demokratischen Rechte und Forderungen eintreten. Aber auch der Tag, an dem wir Gewerkschaften zurückblicken und unsere Stärke und unsere gemeinsamen Erfolge feiern. Der 1. Mai ist unser Tag.

Wir waren und sind erfolgreich. Wir sind stark. Wir kämpfen für das Wohl der arbeitenden Menschen. Deshalb ist unser diesjähriges Mai-Motto: „Wir sind viele, wir sind eins!“ Das ist mehr als ein Motto - gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulisten in vielen Ländern Europas alles daran setzen, die Gesellschaft zu spalten.

Jüngst in Frankreich schaffte es der rechtsextreme Front National in die Stichwahl um das Präsidentenamt am 7. Mai. Der 7. Mai wird deshalb nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa ein Schicksalstag. Es bleibt zu hoffen, dass sich nun alle Demokraten hinter Macron versammeln, um Marine Le Pen zu verhindern. Wir setzen allen Rechtspopulisten entgegen: Ja, wir sind viele: Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Menschen, die hier oder anderswo geboren wurden, Menschen mit einem Job oder ohne.

Wir stehen zusammen, wir sind eins: Gemeinsam kämpfen wir für eine soziale, tolerante und solidarische Gesellschaft. Wir stehen für die demokratische Mehrheit in diesem Land - für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit! Wir treten gemeinsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa ein. „Wir sind viele, wir sind eins!“ – das ist unsere Kampfansage an die Feinde unserer Demokratie: „Wir sind viele, wir sind eins!“ – wir stehen für Vielfalt in Einheit. Das ist es, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Wir leben in einem offenen Einwanderungsland, in dem alle die gleichen Chancen, Rechte und Pflichten haben. In dem es sozial gerecht für alle Menschen zugehen muss. Das ist das Gegenteil von völkisch-national. Das ist das Gegenteil dessen, was uns die Rechtspopulisten als Alternative für Deutschland verkaufen wollen. Es ist keine Alternative für Arbeitnehmer mit 70 in Rente zu gehen. Es ist keine Alternative wenn die Arbeitslosenversicherung abgeschafft wird. Nein, das

ist sozialpolitischer Mist und keine Alternative. Es ist Politik gegen die Schwachen in unserer Gesellschaft. Deshalb ist diese Partei nicht wählbar. Wer die Gesellschaft spaltet, unsere Geschichte verleumdet, gegen Flüchtlinge und sozial Schwache hetzt ist ein Brandstifter.

Nicht wählbar in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen und im Bundestag. Wir Gewerkschaften haben aus unserer Geschichte gelernt! Eine Spaltung der Arbeitnehmerschaft führt zu deren Zerschlagung! Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, braucht es keine solche Partei, sondern Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen den Demokratiefeinden und Rechtspopulisten keinen Raum bieten, kein Fußbreit für alte und neue Nazis - weder in NRW, noch in Schleswig-Holstein und erst recht nicht im Bund. Nirgendwo! Wir Gewerkschaften zeigen in diesen Wahlkämpfen klare Kante! Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zeigen wir die rote Karte! Wir stehen Seite an Seite gegen Fremdenhass, Intoleranz und Abschottung!

„Wir sind viele, wir sind eins!“ - ob Facharbeiter, Krankenschwester oder Pflegekraft, ob Kauffrau, Leiharbeiter, Werkvertragsnehmer oder Solo-Selbständiger. Wir fordern: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit! Für Alle!

Die Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander. Millionen von Beschäftigten sind ohne Tarifvertrag. Sie leben in einem permanenten Zustand von Verunsicherung und sozialer Abstiegsangst. Die Arbeitgeber haben einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung. Immer mehr Betriebe sind aus der Tarifbindung ausgestiegen. Die Tarifbindung ist auf unter 50 Prozent gesunken. Ein Skandal!

Im Arbeitgeberlager sind sie viele, aber uneins! Lasst uns den tariftreuen Arbeitgebern ein bisschen helfen, da mehr Einheit hinzubekommen. Wir wollen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern. Bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen muss die Tarifbindung kollektiv weitergelten! Rausschleichen darf sich keiner. Nicht-tarifgebundenen Betrieben muss es schwerer gemacht werden, mit Dumpinglöhnen Schmutzkonzurrenz zu betreiben! Wir wollen Tarifverträge für alle!

Wir alle haben den Anspruch auf anständige Arbeitsbedingungen und sichere Beschäftigungsperspektiven! Wir sagen: Die neuen Regelungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen reichen uns nicht. Noch immer ist es viel zu leicht, Scheinwerkverträge abzuschließen. Noch immer ist Leiharbeit nicht auf zeitlich begrenzte Auftragsspitzen beschränkt. Wir lassen es nicht zu, dass es Beschäftigte zweiter Klasse gibt!

Dazu gehört auch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, gerade für junge Menschen, sie ist pure Willkür! An all diesen Hebeln müssen wir in unserem Kampf gegen prekäre Arbeit ansetzen. Und eins ist auch klar: Die Laufzeit des Arbeitslosengeldes gehört wieder verlängert. Wer 55 Jahre alt ist, muss mindestens 24 Monate Arbeitslosengeld bekommen, 58-jährige mindestens 30 Monate.

Ob das an Qualifizierungsgebote gekoppelt ist, ist erst einmal zweitrangig. Wichtig ist, dass die Menschen nicht gleich in Armut fallen, wenn sie im höheren Alter ihren Job verlieren. Die Idee der öffentlich geförderten Arbeit ist wieder im Gespräch. Wir wollen sie - gerade für Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose. Lasst uns gemeinsam für einen gerechten Arbeitsmarkt kämpfen. Solidarität ist das Herz gewerkschaftlichen Handelns – uralt und doch immer wieder neu. Dies gilt

im Süden der Republik, in West und Ost, aber auch hier im hohen Norden. Auch hier in Bremerhaven bangen Kolleginnen und Kollegen um ihre Jobs: ob im Hafen, auf der Werft oder im Bereich der Windenergie.

Kolleginnen und Kollegen,

alle die in diesen Tagen um ihre Arbeitsplätze fürchten und um ihre Zukunft bangen rufen wir zu: Ihr seid nicht allein. Wir stehen solidarisch an eurer Seite. Es ist gut, dass bei der Lloyd-Werft betriebsbedingte Kündigungen abgewendet werden konnten. Aber auch die Beschäftigten des Gesamthafenbetriebsvereins brauchen eine dauerhafte Perspektive hier in Bremerhaven. Auf der traditionsreichen Lloyd-Werft im Kaiserhafen werden 117 Kollegen mit Abfindungsregelungen die Werft verlassen. Bitter und dennoch auch hoffentlich der Start in eine sichere Zukunft für die verbleibenden Lloyd Werker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen die Arbeitswelt human gestalten, ob digital oder analog. Dafür brauchen wir starke und unmittelbare Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie mehr Mitbestimmung. Ob Arbeitszeit, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Datenschutz, Gleichstellung, Personalplanung oder Outsourcing – in all diesen Bereichen müssen Betriebs- und Personalräte garantierte Mitbestimmungsrechte haben.

Unsäglich sind die Angriffe der Arbeitgeber auf das Arbeitszeitgesetz. Es gibt tarifvertragliche und betriebliche Regelungen zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit, die ihnen scheinbar nicht genug sind. Sie wollen am Gesetz rumschrauben. Das ist ein Schutzgesetz für die Beschäftigten, das wir mit aller Kraft verteidigen.

Die betriebliche Demokratie ist in unserem Land ein Grundpfeiler des sozialen Friedens und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es ist höchste Zeit, den mitbestimmungspolitischen Stillstand in unserem Land zu überwinden! Auch daran messen wir alle Parteien.

Kolleginnen und Kollegen,

unsere sozialen Sicherungssysteme sind große sozialstaatliche Errungenschaften, die wir hart erkämpft haben. Dazu gehört auch, dass man nach einem langen Erwerbsleben in den wohlverdienten Ruhestand geht. Die Rente im Alter muss für ein Leben in Würde reichen! Deswegen fordern wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! Derzeit liegt das gesetzliche Rentenniveau bei 48 Prozent. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird es ungebremst absacken auf 42 Prozent. Deutliche Einbußen wären die Folge. Wir halten dagegen!

In einem ersten Schritt müssen wir die gesetzliche Rente auf dem heutigen Niveau stabilisieren! In einem zweiten Schritt auf 50 Prozent anheben! Eine starke gesetzliche Rente braucht einen starken Solidarausgleich. Deshalb fordern wir, dass Zeiten mit Niedriglohn besser bewertet werden. Weil all die Kolleginnen und Kollegen, die kaum etwas verdienen, schon heute mindestens acht Jahre länger arbeiten müssen, nur um eine Rente in Hartz IV-Höhe zu erreichen.

Wir müssen endlich alle einbeziehen in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie muss auch für Selbstständige gelten. Die individuelle Versorgung kann durch Betriebsrenten verbessert werden. Sie müssen tarifvertraglich vereinbart werden und vom Arbeitgeber mitfinanziert sein. Wir wollen, dass Schluss ist mit dem automatischen Sinkflug beim Rentenniveau. Eine ausreichende Rente ist Voraussetzung für ein Alter in Würde. Wer jahrzehntelang hart gearbeitet hat und

in die Rentenkasse einzahlt, muss am Ende eine Rente bekommen, von der er in Würde leben kann. Deshalb wollen wir auch eine bessere Rente bei Erwerbsminderung.

Kolleginnen und Kollegen,

es gibt bei den sozialen Sicherungssystemen genug Baustellen. Für mich ist eine der wichtigsten Aufgaben, die dringend angepackt gehören, die Wiederherstellung der Parität in der Krankenversicherung. Für die Arbeitgeber gilt das in der gesetzlichen Krankenversicherung längst nicht mehr. Ihre Beiträge sind seit Jahren eingefroren, während die Zusatzbeiträge für die Beschäftigten unablässig steigen. Das ist eine skandalöse soziale Ungerechtigkeit! Schluss, Aus, Ende!

Es ist höchste Zeit: Wir müssen in der GKV zurück zur paritätischen Beitragsfinanzierung. Und langfristig brauchen wir für Gesundheit und Pflege eine gesetzliche Bürgerversicherung, um die wachsenden Ausgabenbelastungen aufzufangen. Es muss Schluss damit sein, dass sich die Arbeitgeber bei der Finanzierung der Gesundheitskosten vom Acker machen. Wir brauchen die Parität, und zwar jetzt!

Unser Staat muss wieder in allen Bereichen handlungsfähig werden! Ohne funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge keine soziale Gerechtigkeit! Davon sind wir aber weit entfernt. Überall fehlt es an Geld: marode Brücken, löchrige Straßen, geschlossene Schwimmbäder und Bibliotheken, kaputte Schulen, Personalmangel in den Behörden: Die Folgen von Privatisierungen, Spardiktat und Steuerwettbewerb sind überall sichtbar!

Es ist doch ein Skandal: Seit Jahren spart die Politik unser Gemeinwesen kaputt. Der Investitionsstau ist extrem gewachsen – insbesondere in den Kommunen. Wir, die Beschäftigten in diesem Land, merken das zuerst an hohen Kitagebühren, überfüllten Bürgerämtern und steigenden, kommunalen Abgaben. Viele öffentliche Dienstleistungen sind dem Rotstift zum Opfer gefallen - oder privatisiert nur noch gegen Gebühren erhältlich. Für viele Geringverdienerinnen und -verdiener sind deswegen manche Dienstleistungen unerschwinglich.

Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur, ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst und innere Sicherheit für alle - das sind die Dinge, die die Bürgerinnen und Bürger von unserem Staat erwarten. Und nicht nur das: viele von uns sind darauf angewiesen. Ein Staat, der nicht für seine Bürgerinnen und Bürger da ist, gefährdet den Zusammenhalt in unserem demokratischen Gemeinwesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

derzeit verfolgt die Bundesregierung das Vorhaben, die Verwaltung der Autobahnen in einer privaten Infrastrukturgesellschaft Verkehr zu bündeln. Das entsprechende Gesetz soll in Kürze im Bundestag verabschiedet werden. Noch ist nicht ausgeschlossen, dass die Privatisierung der Autobahnen umfassend verhindert wird. Hintertüren sind noch nicht geschlossen. Es droht ein lukratives Geschenk an große Konzerne zulasten der Gesellschaft. Dazu sagen wir ganz klar: Nicht mit uns! Wir fordern deshalb: Jede Form der Privatisierung der Autobahnen muss verhindert werden. Arbeitsplätze und Kompetenzen in der Verwaltung müssen erhalten bleiben. Und wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in eine leistungsfähige Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaffen.

Der oft gesagte Satz „Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten!“ hat leider nichts an seiner Aktualität eingebüßt. Gebühren, egal ob fürs Schwimmbad, die Kita, die Bücherei oder Abwasser und Müll lassen sich mit dickem Geldbeutel leichter schultern als mit schmaler Geldbörse. Alle politisch Verantwortlichen müssen endlich kapieren, dass es nicht ausreicht, wenn nur die Reichen noch unbeschwert und sorgenfrei in diesem Land leben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle tragen Verantwortung dafür, dass unsere staatlichen Institutionen handlungsfähig bleiben. Bund, Länder und Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirksam zu erfüllen. Wer in den Staat investiert, der investiert in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb fordern wir einen umfassenden „Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen.“

Wir brauchen Investitionen in Bildung, innere Sicherheit, Wohnungsbau, Infrastruktur und den öffentlichen Dienst. Ein gut ausgestattetes Bildungssystem ist nicht nur Wettbewerbsfaktor – es entscheidet über die Zukunft unserer Kinder! Die Gebäude und die Ausstattungen in vielen Schulen sind marode und veraltet. Es fehlt an Räumen und an Lernmaterial. Es fehlt aber auch an Datenleitungen, die den Anschluss an das digitale Zeitalter ermöglichen.

Der Bund muss die Länder unterstützen. Ein umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Schulen ist dringend erforderlich. Die Länder müssen verbindlich in die Pflicht genommen werden. Sie müssen freiwerdende Mittel für qualitative Verbesserungen und zusätzliches pädagogisches Fachpersonal einsetzen.

Schreckensnachrichten von Terror und extremistischen Gewalttaten: Das verunsichert die Bürgerinnen und Bürger massiv. Zugleich erfahren sie den Personalnotstand bei der Polizei jeden Tag - durch geschlossene Wachen und die Überlastung der Einsatzkräfte.

Wir brauchen wieder mehr Personal bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern. 16.000 Stellen wurden dort in den letzten Jahren gestrichen. Um diese Lücke zu schließen, beziffern unsere Kolleginnen und Kollegen von der GDP den Personalbedarf auf 20.000 Stellen. Die in diesem Jahr erfolgten Einstellungen reichen längst nicht aus. Dabei gilt aber nach wie vor: Auf eine gute polizeiliche Arbeit mit einer modernen Ausrüstung kann kein Staat verzichten, der sich dem Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger verpflichtet fühlt.

Kolleginnen und Kollegen,

jeder spürt es mittlerweile in den Großstädten und Universitätsstädten: hohe Mieten und teure Immobilien in den Innenstädten verdrängen einkommensschwächere Bürgerinnen und Bürger. Zugleich wurde in den letzten Jahren der soziale Wohnungsbau immer mehr zurückgefahren, wenn nicht sogar verscherbelt an Investmentfonds. Wir brauchen wieder bezahlbaren Wohnraum in den Städten. Wohnen darf in Ballungsgebieten und Universitätsstädten nicht zum Luxusgut werden.

Immer mehr Singlehaushalte und verstärkte Zuwanderung erhöhen den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen. Deutschland braucht endlich eine in die Zukunft gerichtete Wohnungspolitik. Mit sozialer Bindung! Sie muss Modernisierungsmaßnahmen mit Neubauprojekten verbinden. Die Gemeinwohlorientierung muss wieder die Maxime für den bezahlbaren Mietwohnungsbau werden.

Seit Jahren laufen die Sozialbindungen für viele Wohnungen aus. Das wird durch den Neubau von Sozialwohnungen nicht einmal annähernd ausgeglichen. Was wir brauchen, sind jährlich 400.000 bis 450.000 neu gebaute Wohnungen, besonders im bezahlbaren Mietwohnungsbau. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen keine „Armenviertel“ und keine Viertel der Reichen in den Städten.

Einen Verteilungskampf um ein knappes Gut, wie bezahlbaren Wohnraum darf es nicht geben.

Auch in anderen Bereichen leben wir heute von der Substanz. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau beziffert inzwischen den Investitionsbedarf für die Verkehrsinfrastruktur auf 35 Milliarden Euro. Deutschland liegt beim Breitbandausbau digitaler Netze ganz weit hinten im internationalen Vergleich. Deutschland fehlt Personal in den bürgernahen Diensten – in den Meldebehörden, in den Baubehörden.

Mit PKW-Maut und weiteren Privatisierungen sind wir auf dem Holzweg. Die Haushaltsüberschüsse müssen endlich in einen handlungsfähigen Staat investiert werden – sonst sparen wir uns zu Tode!

Und wir legen selbst die Axt an den Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

Kolleginnen und Kollegen,

erschreckende Zahlen gab es Mitte April dieses Jahres vom WSI aus Düsseldorf zu lesen: 2,6 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Hier in Bremerhaven und im Land Bremen ist die Kinderarmutsquote mit über 30 Prozent am höchsten, danach folgen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Ein Skandal in einem so reichen Land. Es ist beschämend, dass die Politik diejenigen zu vergessen scheint, die noch keine eigene Stimme haben und besonderen Schutz bedürfen.

Die Politik muss endlich handeln. Kinderarmut und die oft prekäre Situation Alleinerziehender darf es in Deutschland nicht mehr geben. Geld ist mehr als genug da. Es muss nur bei denjenigen geholt werden, die es im Überfluss horten. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Das Wohlfahrtsversprechen greift nicht mehr. Vier von zehn Beschäftigten haben beim Bruttostundenlohn seit Mitte der 90er Jahre real weniger auf dem Lohnzettel! Diese Entwicklung ist eine akute Gefahr für unseren sozialen Zusammenhalt: die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer! In kaum einer anderen entwickelten Volkswirtschaft driftet die Verteilung von Einkommen und Vermögen so weit auseinander wie in Deutschland. Das reichste eine Prozent der Bevölkerung hält über 24 Prozent des Gesamtvermögens, 70 Prozent der übrigen Bevölkerung besitzen dagegen gerade einmal neun Prozent. 40 Prozent haben überhaupt keine Rücklagen oder sind verschuldet. Fast drei Millionen Kinder wachsen in Deutschland in Armut auf, in einem der reichsten Länder der Welt – das ist ein absolutes Unding! Das ist unmoralisch!

Die Ungleichheit ist kein Naturgesetz. Sie ist die Folge jahrelanger Umverteilung von unten nach oben. Der Ausbau des Niedriglohnsektors war politisch gewollt und wurde forciert. Mini- und Teilzeitjobs, Befristungen, Pseudo-Werkverträge und Leiharbeit sind auf dem Vormarsch – mit erheblichen Lohneinbußen, die später auch zu einer entsprechend niedrigen Rente führen. Und wer mit seinem Geld kaum auskommt, kann sich auch kein finanzielles Polster für später anlegen. Vermögenden wurden dagegen zahlreiche Steuergeschenke gemacht - zulasten von Normalverdienern und öffentlicher Hand. Die musste in Folge geringerer Steuereinnahmen mehr Schulden machen oder Investitionen drosseln.

Gleichzeitig genießen Reiche steuerliche Privilegien. Die Politik hat sie von der Finanzierung des Gemeinwohls ausgenommen. Wir fordern, dass die Politik wieder mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft! Und wie kommen wir dahin? Über eine gerechte Steuerpolitik. Dafür haben wir konkrete Vorschläge zur Bundestagswahl vorgelegt.

Starke Schultern müssen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen und die Schwachen müssen entlastet werden. Die Einkommensteuer, die wir wollen, kommt mehr als 90 Prozent den arbeitenden Menschen zugute. Wir fordern einen deutlich höheren Grundfreibetrag, aber auch einen Spitzensteuersatz, der wirklich nur Spitzenverdiener betrifft. Wir

wollen große Vermögen und Erbschaften wieder in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Dafür muss die Vermögensteuer wieder erhoben werden.

Die Erbschaftsteuer muss endlich ihren Namen verdienen. Ihre letzte Reform ist ein Rohrkrepierer und bringt keine Verbesserungen. Arbeit wird jeden Monat mit bis zu 43 Prozent besteuert. Kapitalerträge nur mit maximal 25 Prozent. Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben! Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen bleibt es dabei: Kapitalerträge gehören genauso besteuert wie ehrliche Arbeit.

Seit Jahren fordern wir eine Finanztransaktionssteuer in Europa. Mit ihr soll ein Zukunftsprogramm für Europa, für Investitionen und gegen Arbeitslosigkeit, finanziert werden. Aber fast ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Finanzkrise verhandeln die EU-Finanzminister immer noch.

Kolleginnen und Kollegen,

mit dem gesetzlichen Mindestlohn ist ein Anfang gemacht worden, die ökonomische Ungleichheit zu verringern – das kommt vor allem Ungelernten, Frauen und Beschäftigten in Ostdeutschland zu Gute. Auch die guten Tarifabschlüsse der DGB Gewerkschaften der letzten Jahre haben die Einkommenssituation vieler Beschäftigter verbessert. Darüber hinaus muss das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisiert werden. Wir können uns keine ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen leisten. Die Bekämpfung der Ungleichheit ist eine zentrale Frage unserer Zeit, sie braucht eine solidarische Antwort.

Lasst mich abschließend noch ein paar Worte zu Europa sagen: Die Antwort der EU Kommission auf die Finanzkrise war eine völlig verfehlte Sparpolitik. Mit ihr hat sie Länder wie Griechenland und Spanien in die gesellschaftliche Krise gestürzt. Sie hat die dortigen Tarif- und Sozialsysteme an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Die Währungsunion erstickt Investitionen in die Zukunft - mit der heiligen Kuh „schwarze Null“ im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der Wettbewerb im Binnenmarkt wird von einzelnen Mitgliedstaaten über unverhohlenen Lohndumping ausgetragen - auch von Deutschland, wie wir in der Fleischindustrie und anderen Branchen sehen. Die Arbeitnehmer brauchen Vorrang in Europa und nicht der Wettbewerb, das muss die EU-Kommission endlich erkennen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Brexit-Votum hat Europa ins Mark getroffen. Europa steckt im Schlamassel. Die Menschen haben das Vertrauen in die Europäische Union verloren. Wir brauchen ein anderes Europa! Klar muss aber auch sein, dass weniger oder gar kein Europa keine Lösung ist. Wir brauchen Europa mehr denn je. Die Frage ist nicht ob, sondern wie. Wir brauchen ein Gegenmodell zur neoliberalen Politik. Deshalb fordern wir die Rückbesinnung auf ein solidarisches und soziales Europa in Frieden und Wohlstand. Wir brauchen ein Europa, dem die Menschen wieder vertrauen.

Für ein soziales Europa und Deutschland, für eine gerechte Arbeitswelt und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands streiten wir, heute und morgen! Der 1 Mai war, ist und bleibt unser Tag! Wir stehen zusammen für mehr Solidarität, gegen Unternehmerwillkür und gegen alte und neue Nazis. Wir haben in den letzten Jahrzehnten viel erreicht und für die Zukunft noch viel vor. Deshalb brauchen wir jeden einzelnen. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit. Glück auf!